

# Kleiner Schritt für ein Kinderhilfegesetz

Der Regierungsrat prüft gesetzliche Grundlagen für die ambulante Kinder- und Jugendhilfe. Die SVP lehnte das Postulat im Grossen Rat ab.

Eva Berger

Immerhin, gesetzliche Grundlagen für die ambulante Kinder- und Jugendhilfe werden geprüft. Das sei ein Schritt in die richtige Richtung, sagte SP-Grossrätin Simona Brizzi im Anschluss an die Debatte des Grossen Rats in Spreitenbach. Zusammen mit einer Reihe Grossrätinnen und Grossräten aus allen Parteien hatte Brizzi eine Motion eingereicht, die solche Grundlagen verlangt. Ziel wäre, die Organisation, die Leistungen und die Finanzierung der Hilfen für Kinder und Jugendliche bis zur Volljährigkeit kantonsweit einheitlich zu regeln. «Dieses Gesetz fehlt», so Brizzi. Doch immerhin würden entsprechende Grundlagen jetzt geprüft.

Der Regierungsrat lehnte die Motion ab, war aber bereit, sie als unverbindlicheres Postulat entgegenzunehmen. Das wäre ein gangbarer Weg, fanden auch die Motionärinnen.

## SVP dagegen, Regierungsrat Hürzeler dafür

Die SVP jedoch lehnte eine Überweisung auch als Postulat ab. Der Aargau mit seinen unterschiedlichen Regionen, seinen ländlichen Gebieten und Städten brauche Lösungen, die so unterschiedlich seien, wie der Kanton auch, sagte Martin Bosser für die SVP-Fraktion. Weiter regelte bereits eine Vielzahl von Gesetzen und Bestimmungen die ambulante Kinder- und Jugendhilfe. Die SVP lehne die Schaffung weiterer gesetzlicher

Grundlagen also ab, sowohl als Motion als auch als Postulat.

SVP-Regierungsrat und Bildungsdirektor Alex Hürzeler hingegen sah das anders. Es mache Sinn, eine Analyse zum Bedarf zu machen und dann zu entscheiden, ob es für die ambulante Kinder- und Jugendhilfe ein Gesetz brauche. Bereits in seiner Antwort auf den Vorstoss hielt der Regierungsrat fest, dass es das weitere Vorgehen wenig beeinflusst, ob die Motion so oder als Postulat überwiesen wird. Die Vorarbeiten wären die gleichen, allerdings müsste bei Überweisung als Motion danach zwingend eine neue rechtliche Grundlage geschaffen werden. Und damit wäre dann der Handlungsspielraum eingeschränkt. Hürzeler folgten die Grossrätin-

nen und Grossräte mehrheitlich, sie überwiesen den Vorstoss als Postulat mit 73 Ja- zu 49 Nein-Stimmen.

## Flächendeckende Schulsozialarbeit

Auch die Motion, welche eine flächendeckende Schulsozialarbeit im Aargau forderte, hätte der Regierungsrat als Postulat entgegengenommen. Die Motionärinnen hielten jedoch an der Motion fest, ihr Anliegen wurde schliesslich sehr knapp mit 66 Nein- zu 64 Ja-Stimmen abgelehnt.

Dem Vernehmen nach hätten dies einzelne Mitglieder der zustimmenden Fraktionen ändern könne, wären sie zum Zeitpunkt der Abstimmung an ihrem Platz gewesen.

Die überparteiliche Motion um Sprecherin Colette Basler (SP), eingereicht zusammen mit Parlamentsmitgliedern aus allen Parteien ausser der SVP und der EDU, verlangte, dass alle Schülerinnen und Schüler im Kanton Aargau Zugang zur Sozialarbeit haben. Bereits ist das für rund 90 Prozent der Fall. Aber an 60 Primarschulen fehlt das Angebot noch, damit für rund zehn Prozent aller Schülerinnen und Schüler.

Co-SP-Fraktionspräsidentin Colette Basler appellierte an die Chancengleichheit aller Schulkinder. Wem heute der Zugang zur Schulsozialarbeit verwehrt ist, habe schlechtere Chancen, stellte sie klar. Das gelte für die ganze Schule, auch die Lehrpersonen. Basler redete für die

Fraktionen der SP, Grüne, GLP und EVP. Die FDP unterstützte die Überweisung der Motion als Postulat, die SVP lehnte das Anliegen ab. Es gelte hier, die Gemeindeautonomie zu respektieren, sagte Maya Meier für die Fraktion. Würden einmal solche Stellen geschaffen, würde das kaum mehr rückgängig gemacht. Ausser, dass das den Kanton allenfalls unnötig finanziell belastet, habe sie auch den Eindruck, Kinder würden gar «übertherapiert».

Bildungsdirektor Alex Hürzeler bat den Grossen Rat darum, den Vorstoss nicht als Motion zu überweisen, denn den Zwang für eine Schulsozialarbeit lehnt der Regierungsrat ab – ob es diese braucht, hätte er aber überprüft.

## Grosser Rat akzeptiert 7 Mio. Mehrkosten für den Pont Neuf

Der Grosse Rat hat einst für die neue Aarebrücke in Aarau, den Pont Neuf, einen Baukredit von 32,89 Millionen Franken gutgeheissen. Gestern ging es nun um Mehrkosten von 7 Millionen Franken. Dies begründete die Regierung damit, dass der ursprüngliche Kredit aufgrund von Abweichungen in der Geologie sowie Mehraufwendungen beim Abbruch von im Boden verbliebenen Bauteilen früherer Brücken nicht reiche.

### Kommission: erwarten genauere Kostenprognose

Kommissionspräsident Christian Glur (SVP) sagte in der gest-

rigen Ratsdebatte dazu, aufgrund der Höhe des Nachtragskredites sei «in der Kommission ein gewisser Unmut der Kommissionsmitglieder zum Ausdruck gebracht» worden. Zusätzliche Kosten wie das Entsorgen von asbestbelastetem Material wären beispielsweise vorausschaubar gewesen, so Glur. Weiter sei ein finanzieller Überblick über die anderen aktuellen Strassenbauprojekte aus der Kommission verlangt worden, «um weitere Überraschungen zu vermeiden».

Schliesslich seien für die Kommissionsmitglieder die Gründe für die Kostenüber-

schreitung grundsätzlich nachvollziehbar und man habe lieber eine sehr teure, stabile, benutzbare und fertige Brücke als eine teure angefangene, welche nicht benutzt werden kann. Für die Zukunft werde aber eine grössere Genauigkeit der Kostenprognosen erwartet, so Glur.

Die Debatte über die Vorlage war äusserst kurz. Eine wirkliche Alternative zum Nachtragskredit gab es ja auch nicht. So stimmte der Rat mit 103 : 16 zu, nachdem Landammann und Baudirektor Stephan Attiger versichert hatte, dass man künftig für eine genauere Kostenschätzung schauen wolle. (mku)



So weit sind derzeit die Bauarbeiten am Pont Neuf. Bild: Michael Küng

## Ratsnachrichten

### Silvan Hilfiker ist neuer Fraktionspräsident



Silvan Hilfiker. Jeanine Glarner. Bild: zvg Bild: brigut

**FDP** Nachdem Fraktionspräsidentin Sabina Freiermuth zur Kantonalpräsidentin gewählt wurde, wählte die FDP-Fraktion den bisherigen Vize Silvan Hilfiker zum Fraktionspräsidenten, Jeanine Glarner zur Vizepräsidentin (beide einstimmig). (az)

### Musikgehör für höhere Familienzulagen

**SP-Motion** Knapp als Postulat gutgeheissen hat der Rat eine Motion der SP. Sie hatte eine Erhöhung der Familienzulagen gefordert. Die Regierung muss das Anliegen jetzt prüfen. (eva)

### Stellvertreterregelung nimmt die erste Hürde

**Mutterschaft** Wird eine Grossrätin Mutter und ist im Mutterschaftsurlaub, fehlt dort auch ihre Stimme. Das soll sich ändern. Der Rat stimmte in erster Lesung einer Stellvertreterregelung zu, die Abwesenheiten von drei bis 12 Monaten infolge Mutterschaft und bestimmter anderer Gründe überbrückt. (mku)

## 142,2 Millionen Franken für Prämienverbilligungen

**Dekret** Im nächsten Jahr stellt der Kanton Aargau 142,2 Millionen Franken für Krankenkassenprämienverbilligungen zur Verfügung. Der Grosse Rat hat an seiner gestrigen Sitzung das entsprechende Dekret für das Jahr 2022 festgesetzt – und, so ist es jährlich üblich, wiederum der SP eine Abfuhr erteilt. Diese wollte deutlich mehr Mittel für Prämienverbilligungen zur Ver-

fügung stellen: Um 20 Millionen Franken wollte sie den Kantonsbeitrag erhöhen. Die Menschen hätten Anspruch auf diese Mittel, sagte für die Fraktion Grossrat Jürg Knuchel. Es handle sich bei den Prämienverbilligungen nicht um Almosen. Die von der SP geforderte Erhöhung sei ein kleiner Schritt, den Kantonsanteil für Prämienverbilligungen zu erhöhen, sagte Robert Obrist

(Grüne). Seine Fraktion stimmte dem Anliegen der SP zu.

### Bürgerliche und Mitte gegen mehr Mittel

Die anderen Fraktionen aber stellten sich hinter die Regierung. Eine Zusatzfinanzierung, wie sie die SP fordert, würde die SVP ablehnen, sagte Daniel Aebi für die Fraktion. Auch die FDP stehe hinter dem Prämienverbil-

ligungssystem, sagte Tobias Hottiger für die Fraktion. Die EVP stimmte zu, weil die durchschnittliche Prämienlast im Aargau unter dem Schweizer Durchschnitt liege. Im Aargau stehe man nicht schlecht da, wenn es um die Krankenkassenprämien geht, sagte Andre Rotzetter (Die Mitte). Im Aargau bezahle man im Durchschnitt 12 Prozent des Einkommens für Krankenkassen-

prämien, schweizweit seien es 14 Prozent.

Gesundheitsdirektor Jean-Pierre Gallati warb für den regierungsrätlichen Vorschlag. Dieser sei sozial und gesetzeskonform, der Aargau stehe zudem im interkantonalen Vergleich gut da. Mit 124 Ja- zu 9 Nein-Stimmen gab der Grosse Rat dem Antrag der SP die erste Hürde. (eva)

## Diese Parlamentarier wollen Vergewaltiger, Mörder oder Kinderschänder NICHT dauerhaft ausweisen!

Nicht nur SP und Grüne, sondern auch angeblich „Bürgerliche“ haben abgelehnt:

**GLP:** Matter Michel, Bäumle Martin, Bellaïche Judith, Brunner Thomas, Chevalley Isabelle, Christ Katja, Fischer Roland, Flach Beat, Gredig Corina, Grossen Jürg, Mäder Jörg, Mettler Melanie, Moser Tiana Angelina, Schaffner Barbara  
**FDP:** Borloz Frédéric, Bourgeois Jacques, Cattaneo Rocco, Cottier Damien, de Montmollin Simone, de Quattro Jacqueline, Dobler Marcel, Eymann Christoph, Farinelli Alex, Feller Olivier, Fiala Doris, Fluri Kurt, Giacometti Anna, Gössi Petra, Jauslin Matthias Samuel, Lüscher Christian, Markwalder Christa, Moret Isabelle, Nantermod Philippe, Portmann Hans-Peter, Riniker Maja, Sauter Regine, Schilliger Peter, Schneeberger Daniela, Silberschmidt Andri, Vincenz-Stauffacher Susanne, Walti Beat, Wasserfallen Christian, Wehrli Laurent

**Die Mitte. EVP:** Binder-Keller Marianne, Bregy Philipp Matthias, Bulliard-Marbach Christine, Candinas Martin, Glanzmann-Hunkeler Ida, Gmür Alois, Gschwind Jean-Paul, Hess Lorenz, Humbel Ruth, Kamerzin Sidney, Kutter Philipp, Landolt Martin, Lohr Christian, Maitre Vincent, Müller Leo, Müller-Altermatt Stefan, Paganini Nicolo, Pfister Gerhard, Rechsteiner Thomas, Regazzi Fabio, Ritter Markus, Roduit Benjamin, Romano Marco, Roth Pasquier Marie-France, Schneider-Schneiter Elisabeth, Siegenthaler Heinz, Stadler Simon, Streiff-Feller Marianne, Wismer-Felder Priska, Gugger Niklaus-Samuel, Studer Lilian

Siehe Geschäft 18.043 s Strafrahenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht RK Einzelantrag Glarner vom 18. Mai 2021 Art 66a Abs. 1, Abs 1bis. - Abstimmung Nr. 22997 / 02.06.2021

Nur die SVP stimmte dafür, dass solche Straftäter für immer aus der Schweiz ausgewiesen werden. (Oder wollen Sie solche Leute zurück?)

Andreas Glarner, Nationalrat Oberwil-Lieli

